

Ruanda und das Asyl-Drama

VON MARTIN KESSLER

Es kommt zum Drama, wenn beide Seiten fundamental im Recht sind. Das ist in der Asylpolitik der Fall. Das britische Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, das es den Behörden erlaubt, irreguläre Flüchtlinge sofort nach Ruanda auszufliegen. Rechtliche Mittel dagegen sind auf ein Minimum beschränkt. Der afrikanische Staat führt dann vor Ort mit britischem Geld die Asylverfahren der Geflüchteten durch. Wer kein Asyl erhält, muss wieder zurück in sein Heimatland.

Das neue Gesetz ist zweifellos die härteste Maßnahme, um die unkontrollierte Zuwanderung zu beschränken. Zwischen Juni 2022 und 2023 kamen netto 672.000 Menschen nach Großbritannien. Die Zuwanderung auf die Insel ist außer Kontrolle geraten. Der Ruanda-Deal ist nun die Notbremse.

Man kann das Abkommen schnell als menschenrechtswidrig verurteilen. Tatsächlich bietet Ruanda nicht unbedingt die Gewähr, dass die Asylverfahren fair ablaufen. Umgekehrt gibt es aber in der Europäischen Union mit ihrer gemeinsamen Asylpolitik noch keine Idee, wie die Prüfung von Anträgen außerhalb der europäischen Grenzen ablaufen soll. Kanzler Scholz, der am Mittwoch seinen britischen Kollegen Rishi Sunak empfängt, sollte deshalb genau hinhören, was ihm der Premier aus Downing Street 10 bezüglich des neuen Gesetzes zu sagen hat.

Seriöse Migrationsforscher wie der Österreicher Gerald Knaus halten Asylverfahren in Drittstaaten für möglich. Bedingung: Die Prüfung des Asylantrags läuft nach rechtsstaatlichen Methoden. Die Massenflucht der Menschen über das Mittelmeer oder die Balkanroute ist jedenfalls ein Drama, das alle überfordert. Deshalb muss die EU über unkonventionelle Modelle nachdenken. Der Ruanda-Deal ist eines davon. Es gibt sicher bessere. Die müssen aber erst noch erfunden werden.

Keine Lösung ohne Nachteil

VON HAGEN STRAUSS

Die Frage, wie viele Mitglieder der Bundestag eigentlich hat, ist keine rein verfassungsrechtliche. Auch wenn Karlsruhe sich jetzt unter diesem Gesichtspunkt mit der Wahlrechtsreform der Ampel-Fraktionen beschäftigt. Die von Legislaturperiode zu Legislaturperiode erfolgte Aufblähung des Parlaments hat vor allem etwas mit seiner Arbeitsfähigkeit zu tun. Das klingt banal, ist es aber nicht – denn jede Entscheidung des Bundestags greift direkt oder indirekt in das Leben der Menschen ein. Insofern ist eine vernünftige Arbeitsfähigkeit unabdingbar. Das muss dann auch das Ziel jeder Wahlrechtsreform sein.

Schon der Ende 2023 gestorbene Wolfgang Schäuble hat daher in seiner Zeit als Bundestagspräsident versucht, mit unterschiedlichen Vorschlägen die Verkleinerung des Bundestages zu erreichen – er scheiterte vor allem am Widerstand aus den eigenen Reihen, speziell der CSU. Die gewonnene Erkenntnis aus all den Versuchen ist dann auch die: Es gibt keine Lösung ohne irgendeinen Nachteil. Punkt. Schlussendlich könnte dies eine der Botschaften aus Karlsruhe sein, wenn das Urteil gefällt ist.

Sicher vorhersagen lässt sich freilich nicht, wie die Entscheidung am Ende ausfallen könnte. Sollte Karlsruhe Änderungen fordern oder die Reform der Ampel vielleicht sogar ganz verwerfen, wäre dies nach dem Haushaltsurteil der Richter ein erneuter Triumph für die Union und ein Debakel für die Koalition. Doch die Verkleinerung des Bundestags ist mit Blick auf die Arbeitsfähigkeit dringend notwendig – und wäre dann wieder gefährdet. Falls Karlsruhe das neue Recht aber durchwinkeln sollte, könnte die Ampel jubilieren. Endlich mal wieder ein Erfolg vor dem Verfassungsgericht und überhaupt als Koalition. So oder so dürfte Karlsruhe die Debatte nicht befrieden. Dafür geht es für die Parteien um zu viel.



KARIKATUR: KLAUS STÜTTMANN

ANALYSE Die FDP will mit einem Zwölf-Punkte-Programm eine „Wirtschaftswende“ erreichen. Einzelne Forderungen des Papiers sind wohlfeil, viele sinnvoll. Leider haben die Liberalen schon vorher viel Schädliches mitgetragen.

Warum nicht gleich so?

VON ANTJE HÖNING

Die Entrüstung ist groß: Von einem „Überbleibsel aus der Mottenkiste“ spricht SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich, CSU-Chef Markus Söder von einer „Scheidungsdekret für die Ampel“. Doch was ist jenseits des Polit-Geklingels vom Zwölf-Punkte-Plan der FDP zur Wirtschaftswende zu halten?

Moratorium für Soziales Die Erhöhung des Bürgergelds zum Jahreswechsel war kräftig. In München kommt eine vierköpfige Familie mit den Kosten der Unterkunft, die der Staat trägt, auf eine Gesamtunterstützung von bis zu 3689 Euro im Monat. Um ein solches Nettogehalt zu erreichen, muss eine Friseurin oder ein Busfahrer lange arbeiten. Die FDP fordert nun, drei Jahre keine neuen Sozialleistungen zu beschließen und 2025 eine Nullrunde beim Bürgergeld einzuführen. Das dürfte mit Blick auf die sich abschwächende Inflation angemessen und die ökonomischen Arbeitsanreize nur sinnvoll sein.

Reform des Bürgergelds Weniger überzeugend ist die FDP-Forderung, Sanktionen zu verschärfen. „Zumutbare Arbeitsangebote, auch sogenannte Ein-Euro-Jobs, müssen angenommen werden“, schreiben die Liberalen. Das ist aber bereits Rechtslage: „Erwerbsfähige Bürgergeld-Empfänger müssen Arbeitsmöglichkeiten (Ein-Euro-Jobs) und andere Maßnahmen annehmen. So sehen es in der Regel die Kooperationspläne vor, die zwischen dem Arbeitslosen und dem Jobcenter geschlossen werden“, heißt es laut Bundesagentur für Arbeit (BA). Weiter fordert die FDP: „Wer zumutbare Arbeit ohne gewichtigen Grund ablehnt, sollte mit einer sofortigen Leistungskürzung von 30 Prozent rechnen müssen.“ Das wäre eine graduelle Veränderung. Schon jetzt gilt: Wer ein Angebot ohne Grund ablehnt, muss mit Leistungsminderungen rechnen. Bei der ersten Pflichtverletzung

wird der Regelbedarf um zehn Prozent für einen Monat, bei einer zweiten Verletzung um 20 Prozent für zwei Monate und in der letzten Stufe um 30 Prozent für drei Monate gemindert. Die Frage ist, ob alle Jobcenter das konsequent umsetzen. 2019 hatten 8,3 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten mindestens eine Minderung, 2023 waren es nur 2,6 Prozent. Das Verfassungsgericht hat 2019 ohnehin enge Grenzen gezogen: Kürzungen sind nur bis 30 Prozent erlaubt.

Abschaffung des Solis „Zunächst soll eine Absenkung auf drei Prozent erfolgen. 2027 soll der Solidaritätszuschlag vollständig entfallen“, fordert die FDP. Derzeit liegt er bei 5,5 Prozent auf die Einkommensteuer, 500.000 Kapitalgesellschaften und sechs Millionen Bürger zahlen ihn noch. Ökonomen begrüßen den Vorstoß. „Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist überfällig, da seine politische Zweckbindung entfallen ist“, sagte Tobias Hentze vom Institut der deutschen Wirtschaft. Der Soli war 1991 eingeführt worden, um den Aufbau Ost zu bezahlen. Der Bundesfinanzhof hält ihn gerade „noch“ für verfassungskonform. Faktisch sei der Soli zur verkappeten Unternehmensteuer geworden, da Firmen deutlich mehr als die Hälfte des Aufkommens tragen würden, so Hentze.

Stopp der kalten Progression Die FDP fordert eine regelmäßige Anpassung des Einkommensteuertarifs und der Freibeträge. „Es darf nicht sein, dass Menschen durch die kalte Progression nach einer Gehaltserhöhung real weniger Geld zur Verfügung steht als vorher“, fordert die FDP – und läuft damit beim Bund der Steuerzahler offenen Türen ein, der seit Langem „heimliche“, inflationsbedingte Steuererhöhungen kritisiert.

EEG-Förderung beenden Die FDP fordert, die EEG-Förderung zu beenden. Zwar hat die Ampel die Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien (EEG) bereits gestrichen, doch Subven-

tionen gibt es noch, sie werden anders finanziert. Dabei sind Solarpaneelen und Windräder viel günstiger und leistungsfähiger als früher. Längst ist Ökostrom günstiger als der aus Kohle (wegen der CO₂-Zertifikate) und der aus Atomkraft. Es ist richtig, die erneuerbaren Energien in den Markt zu entlassen. Dass die Stromkosten wegen Netzausbau und Reserven hoch bleiben, ist ein anderes Thema.

INFO

Deutschland ist Schlusslicht der Industriestaaten

Wirtschaftliche Lage Deutschland fällt, wie die FDP korrekt analysiert, im Standortwettbewerb zurück. Der Internationale Währungsfonds sagt für Deutschland 2024 nur noch ein Wachstum von 0,2 Prozent voraus. Damit ist Deutschland Schlusslicht unter den führenden westlichen Industriestaaten. 2023 war die deutsche Wirtschaft bereits in der Rezession.

Bürokratieabbau Das ist gleich die erste Forderung der FDP. Dass sie hierzu die Einführung eines „Jahresbürokratieabbaugesetzes“ fordert, wirkt unfreiwillig komisch. Der Ruf nach Bürokratieabbau ist wohlfeil, das hat noch jede Regierung gewollt. Doch dann muss man auch den Mut zu mehr Pauschalen und weniger Einzelfallgerechtigkeit haben.



Wer länger arbeitet, soll belohnt werden. FOTO: DPA

Rente mit 63 abschaffen Diese Forderung kritisiert die SPD besonders. Derzeit gilt: Wer 45 Jahre gearbeitet hat, kann vor Erreichen des regulären Eintrittsalters abschlagfrei in Rente gehen. Das erforderliche Lebensalter richtet sich nach dem eigenen Geburtsjahr und liegt zwischen 63 und (ab Jahrgang 1964) 65 Jahren. Mehr als zwei Millionen Bürger haben die abschlagfreie Rente mit 63 bereits genutzt, vor allem Männer. „Angesichts des Fachkräftemangels können wir uns die ‚Rente mit 63‘ nicht leisten“, mahnt die FDP. Die Chefin der „Wirtschaftswaisen“, Monika Schnitzer, fordert das schon lange: Neben den hohen Kosten spreche die Entwicklung am Arbeitsmarkt gegen eine abschlagsfreie Frühverrentung.

Flexibler Renteneintritt FDP-Fraktionschef Christian Dürr hatte unlängst gefordert: „Warum sollte ich jemandem verbieten, mit 70 oder 72 zu arbeiten?“ In dem Zwölf-Punkte-Plan heißt es nun: „Wer länger arbeiten möchte, soll dies unter attraktiven Bedingungen auch machen können. Ziel ist ein flexibler Renteneintritt nach schwedischem Vorbild.“ In Schweden können Bürger im Rahmen eines Korridors entscheiden, wann sie in den Ruhestand gehen – mit Konsequenzen: Je früher man geht, desto weniger Rente erhält man. Auch die „Wirtschaftswaisen“ mahnen seit Langem eine Flexibilisierung an, da die Anhebung des Rentenalters auf 67 nicht reichen wird, um die Rentenfinanzen zu sichern. Die Generation der Babyboomer, die selbst zu wenig Kinder bekommen hat, geht nun in den Ruhestand.

Fazit Die FDP macht viele sinnvolle Vorschläge. Umso mehr fragt man sich, warum sie im Kabinett viele Beschlüsse mitgetragen hat, die Arbeitnehmern und Betrieben schaden, Betroffenen aber nicht helfen – wie die Erhöhung des Bürgergeldes, die Energiehilfen per Gießkanne, die bürokratische Kindergrundsicherung. Die Wirtschaftswende hat die FDP auch selbst in der Hand.

WISSENSDRANG

Vor 300 Jahren und zwei Tagen wurde das Universalgenie Immanuel Kant geboren: ein Geistesrevolutionär, dessen Breitenwirkung bis heute unübertroffen ist. Zum einen stellte Kant das Denken der Wissenschaften über das Verhältnis von Erkenntnis und Wirklichkeit auf den Kopf: Nicht unsere Erkenntnis richtet sich nach den Dingen, sondern umgekehrt. Damit meinte er: Wir können nur das erkennen, was dem menschlichen Erkenntnisvermögen, also unseren Sinnen und unserem Verstand, zugänglich ist. Andererseits hat er mit dem kategorischen Imperativ, der Idee der Menschenwürde und des moralischen Fortschritts neben vielen anderen geistigen Innovationen nicht nur die philosophische Ethik, sondern auch die Moral bis heu-

Immanuel Kant als Aufklärer

Er stellte die Wissenschaft auf den Kopf, seine Thesen wirken bis heute nach.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

te geprägt. Da die Fähigkeit, Neues zu entwickeln, in den Geisteswissenschaften stark abgenommen hat, sollten wir einen Blick auf die Quellen dieser Kreativität werfen. Kants Kreativität verdankte sich neben einer außergewöhnlichen Intelligenz weiteren Faktoren, um die sich sein berühmter Aufsatz „Was ist Aufklärung?“ dreht. Darin definiert er Aufklärung als „Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“. Dazu braucht es zweierlei, und Kant hat beides kultiviert: Zum einen den Mut zum selbstständigen Denken, der keineswegs eine bloße Begleiterscheinung von Intelligenz ist, verbunden mit einer gewissen Ausdauer und Anstrengungsbereitschaft. Zum anderen ein politisches und kulturelles Umfeld, in dem es möglich ist,

auch Gedanken, die Mut erfordern, öffentlich zu äußern und einer zivilisierten Kritik auszusetzen. Denn den Weg aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit findet niemand allein. Nur dort, wo die eigenen Gedanken auf intellektuelle Widerstände stoßen, die zum Weiterdenken zwingen, wo Gründe und Gegengründe ausgetauscht werden können, findet geistiger Fortschritt statt. Das größte Hindernis für die Entwicklung neuer Gedanken ist daher nicht Dummheit, sondern Faulheit, Angst und eine durch Moralisierung erstickte Streitkultur.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.